

02.04.92

Antrag

des Landes Mecklenburg-Vorpommern

zur

Entschließung des Bundesrates zur Arbeitsmarktpolitik der Bundes-
regierung

- Antrag der Länder Bremen, Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein -

Punkt 12 der 641. Sitzung des Bundesrates am 3. April 1992

Der Bundesrat möge beschließen:

Zu den Absätzen 3 bis 5

Die Absätze 3 bis 5 in Drucksache 84/92 erhalten folgende Fassung und ersetzen zugleich die Ziffern 3 bis 5, 7 und 8 in Drs. 84/1/92.

Die Kontingentierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Ländern einschließlich des entsprechenden Teils Berlins und die inzwischen erfolgten Nachbesserungen durch eine Verlängerung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden voraussichtlich dazu führen, daß die Zusage der Bundesregierung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf dem Vorjahresniveau zu halten, in etwa eingelöst werden kann. Diese Maßnahmen werden dem erhöhten aktuellen arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf in den neuen Ländern einschließlich des entsprechenden Teils Berlins jedoch nicht voll gerecht. Dem ist durch eine verstärkte aktive Arbeitsmarktpolitik zu begegnen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu.

Mit der Streichung von 560 Millionen DM an ABM-Mitteln für die alten Länder darf nicht der Eindruck erweckt werden, die Arbeitsmarktkrise in den alten Ländern sei überwunden.

- 2 -

Der Bundesrat fordert deshalb die Bundesregierung nachhaltig auf:

1. Bereits vorab sind durch Änderung des Genehmigungserlasses zum Haushalt 1992 der Bundesanstalt für Arbeit höhere Ausgabemittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Für die neuen Länder einschließlich des entsprechenden Teils Berlins müssen die Kontingente der dort insgesamt vorhandenen Arbeitsmarktsituation weiter angepaßt werden. Das bedeutet vor allem eine deutliche Aufstockung des Budgets der Bundesanstalt für Arbeit. Für die alten Länder müssen so viele ABM-Mittel zur Verfügung stehen, daß bisher mit Erfolg praktizierte arbeitsmarktpolitische Instrumente weitergeführt werden können.

2. Der Bundesanstalt für Arbeit sind im Jahre 1992 für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in einem Nachtragshaushalt Mittel zur Verfügung zu stellen. In den alten Ländern müssen mindestens 80 000 ABM-Beschäftigungsverhältnisse im Jahresdurchschnitt ermöglicht werden. Die neuen Länder einschließlich des entsprechenden Teils Berlins brauchen eine Aufstockung gegenüber dem Vorjahresniveau um mindestens 150 000 Stellen.
3. Die Sonderprogramme für Problem- bzw. Zielgruppen des Arbeitsmarktes sind hinsichtlich Inhalt und Mittelansatz auszuweiten und normativ im Arbeitsförderungsgesetz zu verankern. Bei Lohnkostenzuschüssen für ältere Arbeitnehmer ist das Eingangsalter um weitere drei Jahre abzusenken.
4. Die Bundesregierung sollte die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen für eine kontinuierliche und längerfristig berechenbare aktive Arbeitsmarktpolitik schaffen und insbesondere Sorge dafür tragen, daß in den Jahren 1993 und folgende die Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit entsprechend der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erhöht werden.